

Rette sich wer kann? Gedanken zur Suche nach einem neuen Entwicklungsparadigma

Tillmann Elliesen

In die Debatte über die Krise des Entwicklungsparadigmas habe ich mich immer wieder gerne journalistisch eingebracht. Zum einen, weil man sich damit natürlich befassen muss, sobald man sich in welcher Form auch immer entwicklungspolitisch betätigt – sei es als Praktiker, sei es als Studierende, sei es als Journalist. Es sei denn, man begnügt sich damit, nur das Elend der Welt zu beklagen oder stumpf Entwicklungsvorhaben zu exekutieren und sich über erfüllte Projektvorgaben zu freuen. Das eigene Tun kritisch zu hinterfragen, daran zu zweifeln und manchmal auch zu verzweifeln – schließlich gehört auch das wesentlich zur westlichen Moderne!

Zum anderen lebe ich ja sehr gerne in dieser Moderne mit all ihrem Komfort, ihren Möglichkeiten, ihrer Freiheit – und sehe doch zugleich: Alle diese Vorzüge gehen mal mehr, mal weniger auf Kosten der Umwelt und von Milliarden anderen Menschen in anderen Weltregionen, die davon nicht einmal träumen können. Oder: Die davon vielleicht gar nicht träumen wollen, aber dafür leiden müssen, dass ich meine Träume leben kann.

Diese Zweiseitigkeit des Entwicklungsparadigmas und meine persönliche Verstricktheit sind die Perspektiven, aus denen ich die Debatte verfolge und aus denen ich mich einmische. Mich interessiert: Wie reden wir hier bei uns über die Krise des Entwicklungsparadigmas? Wer redet wie darüber und warum? In welche Richtung zielt die Suche nach Alternativen? Welche Motive, Gründe, vielleicht auch Sehnsüchte verbergen sich dahinter? Angesichts der Vielzahl möglicher Motive und

Gründe, die diese Suche anleiten: Wie groß ist das Risiko, dass wir uns dabei in die falsche Richtung bewegen?

Ich habe keine fertigen Antworten darauf, wohl aber vier Thesen dazu. Ich verstehe sie als Anregungen, weiterzudenken und weiter zu debattieren.

1. Krise des Entwicklungsparadigmas? Es lohnt ein Blick auf die Wurzeln der Debatte

Der kapitalismuskritische Ökonom Jason Hickel hat in einem Aufsatz zum Thema Wirtschaftswachstum geschrieben, die reichen Länder müssten sich entwickeln, nicht die armen. Das ist nichts Neues und ich habe mich schon etwas gewundert, dass ein renommierter Wissenschaftler wie Hickel meint, das heute noch einmal betonen zu müssen.

Als ich in der ersten Hälfte der 1990er Jahre studiert habe, war es in der eher linken entwicklungspolitischen Szene längst Konsens, dass der Globale Norden sich entwickeln müsse, nicht der Globale Süden: Nur wenn die reichen Länder ihre Wirtschafts- und Finanzpolitik, ja letztlich ihr gesamtes Wirtschaften, komplett umbauen, hätten die Länder des Globalen Südens überhaupt eine Chance aufzuschließen beziehungsweise ihren Bevölkerungen bessere Leben nach ihren Vorstellungen zu bieten. Die Vorstellung, Entwicklungspolitik könne das leisten, war damals schon längst passé. Spätestens seit der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung UNCED 1992 in Rio de Janeiro ist die Idee international auf höchster politischer Ebene angekommen, dass Entwicklung nur im Rahmen planetarer Grenzen gedacht werden kann – nachhaltig eben.

Zwanzig Jahre vor Rio, im Jahr 1972, war das noch nicht so: Damals legte der Club of Rome seinen Bericht zu den »Grenzen des Wachstums« vor, der in der Politik auf taube Ohren stieß. Aber auch hier schon mit Wucht die These: Das westliche Entwicklungsparadigma ist in der Krise. Ebenso vier Jahre zuvor 1968 bei der Vollversammlung des Ökumenischen Rats der Kirchen im schwedischen Uppsala: Auch da ging es unter dem Motto »Siehe, ich mache alles neu« um Kritik am westlichen

Verständnis von Fortschritt. Und es ging vor allem um den Widerspruch zwischen dem Versprechen auf Entwicklung und der zerstörerischen Politik gegenüber dem Globalen Süden.

Die Debatte über die Krise der westlichen Moderne und des von ihr hervorgebrachten Entwicklungsparadigmas reicht aber noch viel weiter zurück – und darum geht es mir letztlich. Im Jahre 1887 erschien das Buch »Gemeinschaft und Gesellschaft« des deutschen Autors Ferdinand Tönnies, einer der Urgroßväter der deutschen Soziologie. Tönnies entwickelt darin eine Theorie kollektiver Gruppierung, die für ihn zwei idealtypische Formen annehmen kann. Zum einen gibt es die »Gemeinschaft«, in der sich Individuen für einen gemeinsamen, übergeordneten Zweck zusammentun – Beispiele sind die Familie, das Dorf oder die Kirche. Zum anderen gibt es die »Gesellschaft«, in der sich Individuen zusammentun, weil es für jeden einzelnen zweckmäßig ist – Beispiele sind der neuzeitliche Staat, die anonyme Großstadt oder das Verhältnis zwischen Unternehmer- und Arbeiterseite.

Tönnies' Gemeinschaft ist auf Dauer angelegt und genügt sich selbst, während die Gesellschaft letztlich auf Verträgen zwischen ihren Mitgliedern beruht, die jederzeit wieder gekündigt werden können. Die Gesellschaft steht für das Leben in der Moderne, und man spürt bei der Lektüre, wie Tönnies davon gleichzeitig angezogen und abgestoßen war. Wie ihn die Möglichkeiten der Gesellschaft fasziniert haben und wie er zugleich gehadert hat mit der Unsicherheit, die sie verkörpert, mit der Zerstörung von Traditionen, Gewissheiten und Sicherheit.

Letztlich sind diese Faszination und gleichzeitig die Ablehnung und Kritik von Beginn an Teil der westlichen Moderne und ihres Entwicklungsparadigmas. Mir ist der Hinweis darauf wichtig, denn meine zweite These lautet:

2. Das Hadern mit der Moderne steckt bis heute in vielen Kritiken am westlichen Entwicklungsparadigma

Kann es weiteres, perspektivisch grenzenloses wirtschaftliches Wachstum auf diesem Planeten geben, ohne seine Grenzen zu sprengen? Nein,

sagt Jason Hickel. Die Erfahrung zeige: Selbst wenn sich der Naturverbrauch von der Produktion relativ entkoppeln lässt, wird er absolut immer weiter steigen – die Effizienzgewinne fließen sofort wieder in die Produktion, um diese auszuweiten: Das ist der ›Rebound-Effekt‹. Für Hickel gibt es deshalb keine Alternative zu ›degrowth‹, einer Wirtschaft ohne Wachstum.

Anders Ralf Fücks, Grünen-Politiker, zwanzig Jahre lang Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung und Mitgründer der Denkfabrik Zentrum Liberale Moderne. Fücks vertraut auf den technischen Fortschritt in der Produktion, auf erneuerbare Energiequellen, auf die Ersetzung endlich durch nachwachsende Rohstoffe und auf eine alles das regulierende Politik. Dann, sagt Fücks, ist weiteres Wachstum möglich, ohne den Planeten zu zerstören. Und vor allem: Es muss möglich sein, denn die Weltwirtschaft wird in den kommenden Jahrzehnten weiter wachsen, ob wir das hier im satten und reichen Deutschland wollen oder nicht. Vielleicht wächst sie nicht in den alten Industrieländern, aber umso mehr in Asien, in Lateinamerika und auch in Afrika.

Ich habe den Verdacht, viele Leute, die in der Debatte Jason Hickel zuneigen, würden auch dann noch mit Ralf Fücks hadern, wenn sich herausstellen sollte, dass er Recht behalten hat – dass also nicht Wachstum an sich das Problem ist und dass sich der Kapitalismus mithilfe von Technik und Politik ökologisch zivilisieren lässt, wie Fücks das nennt.

Worauf gründet dieser Verdacht? Für mich äußert sich in vielen kritischen Beiträgen zum westlichen Entwicklungsparadigma das grundsätzliche Unbehagen, das die Moderne von Beginn an begleitet – das Unbehagen angesichts ihrer potenziellen Maßlosigkeit und der von ihr vermeintlich vorangetriebenen Entzauberung der Welt und Kommodifizierung selbst zwischenmenschlicher Beziehungen. Da ist dann die Rede davon, dass wir ja nicht alle zwei Jahre ein neues Smartphone bräuchten oder dass es doch besser wäre, wir arbeiteten alle weniger und hätten dann mehr Zeit für Lebensqualität.

In der Entwicklungspolitik äußert sich das grundsätzliche Unbehagen an der Moderne und eine diffuse Sehnsucht nach der Zeit davor in manchen Beiträgen zur Landwirtschaft. Um Missverständnissen vorzubeugen: In der real existierenden industrialisierten Landwirtschaft

auf diesem Globus läuft vieles falsch und muss geändert werden. Aber mich stört die oft pauschale Technik- und Industriefeindlichkeit einerseits und die Glorifizierung des von der Hand in den Mund lebenden afrikanischen Kleinbauern auf seiner Scholle andererseits, wie sie in einigen, gerade kirchlichen Entwicklungsorganisationen anzutreffen ist. Sie entspricht meiner Ansicht nach oft auch nicht den Interessen und Bedürfnissen jener Kleinbauern. Vielmehr dürften sich darin der Frust und die Abscheu vor Fehlentwicklungen hier bei uns und der Wunsch nach einem Weg zurück äußern.

In vielen Kritiken am westlichen Entwicklungsparadigma steckt bei- des: das Hadern mit Ferdinand Tönnies' Gesellschaft und die Sehnsucht nach der Gemeinschaft. Die Enzyklika »Laudato si'« von Papst Franziskus aus dem Jahr 2015 ist das beste Beispiel dafür: Mich hat von Beginn an irritiert, wie sehr dieses Schreiben auch in der weltlichen umwelt- und entwicklungspolitischen Szene gefeiert wurde. Mein Verdacht bis heute: Viele haben es gar nicht von Anfang bis Ende gelesen, sondern sich nur die umwelt- und entwicklungspolitischen Mahnungen und Appelle herausgepickt.

Das ist ein Versäumnis, denn das Fundament, auf dem diese Mahnungen und Appelle stehen, dürfte bei vielen Widerspruch hervorrufen. Durch das gesamte Schreiben ziehen sich eine erkonservative Zivilisationskritik und ein trüber Kulturpessimismus. Das wird etwa deutlich, wenn der Papst die »ständige Beschleunigung in den Veränderungen der Menschheit und des Planeten« beklagt, die »im Gegensatz zu der natürlichen Langsamkeit der biologischen Evolution« stünden. Oder wenn er die Stadt als Hort des Chaos und der »visuellen und akustischen Belästigung« beschreibt. Ferdinand Tönnies lässt grüßen.

Dem gegenüber stellt Papst Franziskus die Vorstellung einer »natürlichen Wirklichkeit«, über die sich der Mensch nicht hinwegsetzen dürfe. Der Mensch habe »die technische Vernunft über die Wirklichkeit« gestellt. Wenn er »seinen wahren Platz« nicht wiederentdecke, widerspreche er »am Ende seiner eigenen Wirklichkeit«. Zu dieser »eigenen Wirklichkeit« des Menschen gehört für Papst Franziskus übrigens auch, dass der Mensch ungeborenes Leben nicht abtreiben und nicht den Anspruch

erheben darf, »den Unterschied zwischen den Geschlechtern auszulösen, weil er sich nicht mehr damit auseinanderzusetzen versteht«.

Noch ein weiteres Beispiel für den Wunsch nach Gemeinschaft in dieser krisengeschüttelten Welt: In einem Zeitungssessay hat sich der slowenische Philosoph Slavoj Žižek gefragt, warum in Afghanistan die Taliban gesiegt haben. Seine Antwort lautet: Weil sie sich dem religiös motivierten Kampf als emanzipatorisch kollektives Engagement existenziell bis in den Tod verpflichtet fühlen. Das aber sei dem Individuum der westlichen Moderne völlig fremd geworden und aus dessen Sicht inakzeptabel.

Žižek fragt: »Können wir uns eine Rückkehr des Verdrängten in seiner eigentlichen Form des kollektiven emanzipatorischen Engagements vorstellen?« Seine Antwort: Wir müssen sogar, denn anders lasse sich die Klimakatastrophe nicht abwenden. »Sie verlangt nach groß angelegten kollektiven Aktionen, die ihre eigenen Formen des Martyriums erfordern und viele Annehmlichkeiten, an die wir uns gewöhnt haben, opfern müssen. Wenn wir wirklich unsere gesamte Lebensweise ändern wollen, muss die individualistische ›Selbstfürsorge‹, die sich auf Vergnügungen konzentriert, abgelöst werden.« Das, so Žižek, »sollte unsere Antwort auf die Taliban sein«. Mit anderen Worten: Für Žižek ist die Abkehr vom zerstörerischen westlichen Entwicklungsparadigma nur als gemeinschaftsstiftendes Martyrium zur Rettung der Welt denkbar.

Was mich zu meiner dritten These bringt:

3. Die Suche nach Sicherheit in einer unsicheren Welt führt in die Sackgasse

Bei den ökologischen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Problemen, die das westliche Entwicklungsparadigma verursacht hat und die uns veranlassen, von einer Krise dieses Paradigmas zu sprechen, handelt es sich um sogenannte ›wicked problems‹ – vertrackte Probleme. Unterschieden davon werden ›tame problems‹ – zahme Probleme –, die sich dadurch auszeichnen, dass sie klare Ursachen haben,

die sich abstellen lassen. Ein häufig genanntes Beispiel für ein ›zahmes Problem‹ ist das Ozonloch, das von der Freisetzung von Fluorkohlenwasserstoffen (FCKWs) verursacht wurde, die als Kältemittel etwa in Kühlschränken eingesetzt wurden. Die chemische Industrie erfand Ersatzstoffe, FCKWs wurden verboten und das Problem war gelöst.

›Wicked problems‹ hingegen haben keine klaren Ursachen. Klimawandel, Umweltverschmutzung, politische Krisen und soziale Konflikte, wie wir sie zunehmend erleben, hängen miteinander zusammen und bilden ein kompliziertes Geflecht, das sich nicht einfach entknoten lässt. Fortschritte im Sozialen und Gesellschaftlichen, etwa höhere Mobilität, bessere Gesundheit und mehr Wohnraum, führen zu Rückschritten im Ökologischen, etwa zu Klimawandel und Artensterben. Genau das macht ja die Ambivalenz der Moderne aus. Will die Politik an einer Stelle etwas ändern, wirkt sich das zwangsläufig auch an anderer Stelle aus – und der Streit beginnt, ob ein anderer Weg nicht zielführender wäre, siehe die Debatte zwischen Jason Hickel und Ralf Fücks um das Wirtschaftswachstum.

Für ›wicked problems‹ gibt es also keine einfache Lösung – schon deshalb nicht, weil unterschiedliche Lösungsansätze divergierende Interessen und Wertvorstellungen einer Vielzahl gesellschaftlicher und politischer Akteure berühren. Meiner Ansicht nach vernachlässigen die Aktivist*innen von Fridays for Future diesen Aspekt, wenn sie immer wieder darauf pochen, man brauche doch nur auf die Wissenschaft zu hören, die ganz klar sage, was gegen den Klimawandel zu tun sei.

Der britische Klimawissenschaftler Mike Hulme hat dazu in einem Beitrag für die Zeitschrift »welt-sichten« geschrieben: »Es bringt nichts, sich geschlossen hinter die Wissenschaft zu stellen, die objektiven Fakten auf den Tisch zu legen und zu meinen, das sei bereits die Lösung. Die Wissenschaft allein bietet keine moralische Vision, keine ethische Haltung, kein politisches Gerüst für die Art von Welt, nach der Menschen sich sehnen. Sich auf symbolträchtige Zahlen zu stützen, mag ein Gefühl von Dringlichkeit vermitteln, aber Zahlen sind kein moralischer Kompass.« Interessant ist ja, dass letztlich auch die zuweilen naive Wissenschaftsgläubigkeit mancher Klimaschützer*innen nichts anderes als ein Kind der westlichen Moderne ist.

Was heißt das? Was folgt daraus? Dass alles einerlei ist und alle Mühen vergeblich sind? Natürlich nicht. Noch einmal Mike Hulme: »Den Klimawandel als Dilemma zu bezeichnen bedeutet nicht, alle Hoffnung aufzugeben. Vielmehr hilft es dabei, eine bescheidenere und pragmatischere Haltung in Bezug auf Innovation, Technologie, Politik und die Zukunft einzunehmen. Wenn wir den Klimawandel als Dilemma akzeptieren, fällt es uns leichter, die Grenzen menschlicher Voraussicht, Handlungsfähigkeit und Integrität anzuerkennen. Paradoxerweise erlaubt ausgerechnet dies, die Hoffnung zu behalten. Es gestattet, einfachere Probleme zu lösen, ohne gleich eine Lösung für das ›unlösbare‹ Problem des Klimawandels als Ganzes parat haben zu müssen.«

Dasselbe gilt für die Entwicklungszusammenarbeit, die ja ein paradoxes Unterfangen ganz im Sinne der westlichen Moderne ist: Sie ist von dieser Moderne geboren, um ihre Segnungen über den Globus zu verbreiten und gleichzeitig die zerstörerischen Auswüchse des westlichen Entwicklungsparadigmas einzudämmen. In diesem Zusammenhang ist oft von der ›Omnipotenzfalle‹ die Rede, in der sich die Entwicklungszusammenarbeit befinde: Sie nimmt sich zu viel vor und kann damit eigentlich nur scheitern. Eine Antwort darauf wäre: Dann soll sie sich halt bescheidenere Ziele setzen, so wie Mike Hulme das für den Kampf gegen den Klimawandel zu empfehlen scheint.

Eine anspruchsvollere Antwort gibt der Ökonom und Theologe Wolfram Stierle, leitender Mitarbeiter des Bundesentwicklungsministeriums, in seinem sehr klugen Buch »Über Leben in planetarischen Grenzen«. Dort fordert Stierle von der Entwicklungszusammenarbeit mehr ›Ambivalenzkompetenz‹. Die Entwicklungszusammenarbeit müsse sich »von der Fantasie lösen, den richtigen Weg in und aus der Gefahr der Welt zu kennen oder zu fordern«. Stattdessen müsse sie lernen, Mehrdeutigkeiten auszuhalten und damit umzugehen.

Für Stierle geht es also nicht bloß darum, kleinere Brötchen zu backen. Sondern: Die Entwicklungszusammenarbeit muss ein Bewusstsein dafür entwickeln, dass sie selbst nicht weiß – gar nicht wissen kann –, wohin sie am Ende führt, trotz all der schönen Projekt-

fortschrittspläne und -berichte, trotz aller Ex-Post-Evaluationen, aus denen dann fürs nächste vergleichbare Projekt gelernt werden kann.

Letztlich fordert Stierle eine Entwicklungszusammenarbeit, die sich bewusst ist, dass sie es mit ›wicked problems‹ zu tun hat, nicht mit ›tame problems‹. Und für Stierle besteht ein wichtiger Schritt dahin darin, dass die Entwicklungszusammenarbeit sprachfähig wird in Debatten über Werte, Glauben und den Sinn menschlichen Tuns. Was treibt Menschen an, woran glauben sie, welche Sehnsüchte haben sie? Praktiker*innen der Entwicklungszusammenarbeit müssen sich mit solchen Fragen befassen, um die von Stierle geforderte Ambivalenzkompetenz zu erlangen.

Im Jahr 2015 hat die Welt die UN-Nachhaltigkeitsziele SDGs verabschiedet, gewissermaßen als Plan zur Korrektur des westlichen Entwicklungsparadigmas im globalen Maßstab. Viele kritisieren die Ziele, sie seien zu wenig ambitioniert und sie seien in sich widersprüchlich – wenn etwa eine Lösung der Umweltkrise und gleichzeitig weiterhin wirtschaftliches Wachstum angestrebt wird.

Das größere Problem der SDGs ist aber meiner Ansicht nach, dass sie überhaupt suggerieren, es könne einen großen Plan zur Rettung des Planeten und zur Lösung der Entwicklungskrise geben. Als müssten bloß alle gut 200 SDG-Indikatoren erfüllt werden und dann sei die Welt eine bessere. So einfach geht es leider nicht mit ›wicked problems‹.

Allen, die die Frage umtreibt, wie es mit der Entwicklung unserer Welt in den kommenden zwanzig, dreißig Jahren weitergeht, möchte ich den Roman »Das Ministerium für die Zukunft« des US-amerikanischen Schriftstellers Kim Stanley Robinson ans Herz legen. Das Buch spielt vor allem in den 2040er Jahren, der Klimawandel schlägt mit aller Macht zu, es gibt katastrophale Hitzewellen in Indien und im Süden der USA mit Millionen Toten. Robinson schildert, wie Menschen an verschiedenen Fronten gegen die Erderhitzung und für den Klimaschutz kämpfen – in den Vereinten Nationen, in Regierungen, in der Gesellschaft, mit legalen und mit illegalen Mitteln, teilweise auch mit Terrorismus.

Ich will nicht verraten, wie die Geschichte ausgeht. Nur so viel: Robinsons Buch ist keine effekthascherische Beschreibung der Apokalypse. Es ist eine meisterhafte und zudem sehr spannend zu lesende Darstel-

lung, was es heißt, das ›wicked problem‹ Klimawandel zu bekämpfen. Robinson benennt die moralischen Fragen, die mit diesem Kampf verknüpft sind, er schildert die Konflikte widerstreitender Interessen und Wertvorstellungen, die eine einfache Lösung verhindern.

Natürlich stellt Robinson auch grundsätzliche Fragen nach zukunftsfähigen Entwicklungsparadigmen, nach alternativen Ideen vom guten Leben. Aber er gibt keine abschließenden Antworten. Im Mittelpunkt des Buches stehen Frauen und Männer, jung und alt, die nicht aufgeben und alle Mittel nutzen, die Politik, Wirtschaft und Gesellschaft bereitstellen, um die Katastrophe aufzuhalten. Sie bewegen sich gewissermaßen innerhalb der Grenzen des vorherrschenden Entwicklungsparadigmas, um es von innen umzuformen. Dafür müssen Machtkämpfe ausgefochten und Machtstrukturen geknackt werden.

Was mich zu meiner vierten und letzten These bringt:

4. Keine Entwicklung – nach welchem Paradigma auch immer – ohne Demokratie und Freiheit

Zur Korrektur von destruktiven Auswüchsen des westlichen Entwicklungsparadigmas ist das Recht ein zentrales Instrument – und das zeigt sich zunehmend in den bahnbrechenden Gerichtsurteilen zum Klimaschutz seit einiger Zeit. Im Mai 2021 hat ein niederländisches Gericht den Ölkonzern Shell dazu verurteilt, seine CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2030 im Vergleich zu 2019 um 45 % zu senken. Das Unternehmen sei verpflichtet, seinen Beitrag zum Klimaschutz gemäß dem Paris-Abkommen zu leisten. Geklagt hatten Umweltverbände und Bürger*innen.

Einen Monat zuvor hatte das Bundesverfassungsgericht die Bundesregierung verdonnert, ihre Klimaschutzziele zu verschärfen. Das geltende Klimaschutzgesetz bis 2030 sei zu lasch mit der Folge, dass in den Jahren danach noch viel drastischere Einschnitte nötig würden, wenn wie versprochen Klimaneutralität bis zum Jahr 2050 erreicht werden soll. Das aber werde dann die Freiheitsrechte der Klägerinnen und Kläger unverhältnismäßig beeinträchtigen.

Klimaschützer*innen haben beide Urteile als Durchbruch gefeiert, problematische Aspekte allerdings ausgeblendet. Dabei verweisen gerade diese Aspekte auf die längerfristige Bedeutung beider Urteilssprüche. An der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ist schwierig, dass es sich stark in die Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers einmischt und damit seine Kompetenzen arg ausdehnt. Das Gericht schaut in die Zukunft und maßt sich an einzuschätzen, ob eine bestimmte Politik in den kommenden Jahrzehnten ein bestimmtes Ziel erreichen wird oder nicht – und wie stark sie Grundrechte einschränken wird. Am Urteil gegen Shell ist heikel, dass mit dem Unternehmen letztlich auch seine Kundinnen und Kunden auf der Anklagebank saßen, die täglich ihre Autos mit Shell-Benzin füllen. Denn eigentlich lautet das Urteil: Fahrt weniger Auto!

So deutlich wurde das natürlich nicht gesagt, dabei geht es genau darum: Für einen Umbau der reichen Länder des Globalen Nordens zu einer klimafreundlichen Wirtschafts- und Lebensweise müssen viele Dinge anders und manches in Zukunft wohl auch verboten werden. Solange es erlaubt ist, wie die Made im fossilen Speck zu leben, ist Shell kein Vorwurf zu machen, dass es damit Geld verdient. Soll sich wirklich etwas ändern, dann muss es nicht bloß als uncool gelten, mit dicken Autos durch verstopfte Innenstädte zu kurven. Es muss illegitim sein. Und irgendwann muss es illegal sein. Im Urteil des Bundesverfassungsgerichts heißt es: »Künftig können selbst gravierende Freiheitseinbußen zum Schutz des Klimas verhältnismäßig und verfassungsrechtlich gerechtfertigt sein.«

Ich könnte mir vorstellen, dass die beiden Urteile in Zukunft einmal als frühe Schritte auf dem langen Weg gewertet werden, auf dem ein Leben auf Kosten unseres Lebensraums zunächst als moralisch inakzeptabel geächtet und am Ende schlichtweg untersagt wurde. Die Klagen und die Gerichtsurteile sind Beispiele dafür, wie zerstörerische Machtstrukturen gewissermaßen systemkonform infrage gestellt und aufgebrochen wurden, ganz ohne Revolution. Sie haben den Weg freigemacht, in andere Richtungen zu denken, sich eine andere Welt vorzustellen und etwas dafür zu tun. Genau davon handelt letztlich Robinsons Roman.

In welche Richtung die Welt umgeformt werden soll, das muss immer wieder neu ausgehandelt, erstritten und ausprobiert werden. Und es muss gelebt werden. Der Soziologe Frank Adloff verwendet in diesem Zusammenhang den Begriff ›Experimentalismus‹. Er spricht von Real-Laboren, in denen Menschen sich zusammenschließen, um neue Formen des guten Lebens auszuprobieren. Diese sozialen Experimente, schreibt Adloff, »können zu einer gesellschaftlichen Debatte über einen transformatorischen Wandel beitragen und als Elemente einer zukünftigen Gesellschaft gedeutet werden«. Ungeheuer wertvoll für solche Experimente ist dabei Input von außen, etwa aus anderen Kulturkreisen mit ganz anderen Ideen vom guten Leben.

Kurz: Welche Entwicklung nach welchem Paradigma wir auch immer wollen, muss demokratisch entschieden und kann nicht von oben angeordnet werden. Der Sozialwissenschaftler und Direktor der Stiftung Zukunftsfähigkeit Futurzwei Harald Welzer hat in einem Interview gesagt: »Mir ist eine freiheitliche Gesellschaft mit Klimawandel lieber als eine unfreiheitliche ohne.« Mir auch.

Ich betone das deshalb, weil es in der Debatte um die Krise des westlichen Entwicklungsparadigmas immer mal wieder Anklänge gibt, in und mit der freien Gesellschaft und der stets kurzfristig orientierten Demokratie sei der notwendige Wandel nicht möglich. Nötig sei deshalb eine milde Form des Öko-Autoritarismus zur Rettung des Planeten. Ich bin fest davon überzeugt, dass dieser Weg in die Sackgasse führt und nicht in eine Welt, in der es sich besser leben lässt.

Zum Schluss ein kurzer Rückblick auf Chile Anfang der 1970er Jahre gefolgt von einem hoffentlich anregenden, vielleicht etwas verwirrenden Ausblick.

Die sozialistische Regierung von Präsident Salvador Allende hatte in ihrer nur dreijährigen Amtszeit bis zum Militärputsch 1973 die Idee, in Chile eine datengestützte Planwirtschaft aufzubauen. In einem Großrechner sollten Daten aus allen wichtigen Unternehmen des Landes zusammenlaufen und ausgewertet werden, um so die Wirtschaft möglichst präzise steuern zu können. Zugleich sollte die chilenische Bevölkerung die Möglichkeit erhalten, elektronisch ihre Sorgen und

Wünsche zu übermitteln, so dass die Regierung auch diese Informationen in ihrer Planung berücksichtigen könnte.

Salvador Allendes Plan erinnert an das Geschäftsmodell solcher Konzerne wie Amazon, Walmart oder die chinesische Variante Alibaba. Auch die sammeln im großen Stil Daten – nicht zuletzt von ihren Kund*innen – mit dem Ziel, ihre Geschäfte möglichst präzise planen und steuern zu können. Anders als Präsident Allende geht es den Konzernen aber nicht um eine gerechtere, nachhaltige Gesellschaft, sondern vor allem um mehr Profit.

Die Frage ist: Ließen sich die Möglichkeiten der datengestützten Wirtschaft des 21. Jahrhunderts nicht auch im Sinne Allendes nutzen, also für mehr Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit statt bloß zur Profitmaximierung?

Dieser Frage gehen die Beiträge in einem Sammelband mit dem Titel »Die unsichtbare Hand des Plans« nach. Das Buch eröffnet ganz neue, faszinierende Perspektiven. Und es fordert uns auf zu prüfen, ob wir in Debatten über alternative Entwicklungsparadigmen eigentlich von einem angemessenen und zeitgemäßen Verständnis von Wirtschaft ausgehen. Die Frage ist: Besteht die Gefahr, dass wir in der entwicklungs- und umweltpolitischen Debatte wichtige weltwirtschaftliche Trends und Vorgänge übersehen? Verschlafen wir möglicherweise, dass in den Zentralen der Digitalkonzerne und einigen Hauptstädten autoritärer Staaten längst an alternativen Entwicklungsparadigmen und Gesellschaftsmodellen gearbeitet wird, die mit unseren Vorstellungen überhaupt nicht vereinbar sind?

Literatur

Adloff, Frank, Vom richtigen Leben im falschen, in: *Mittelweg* 36 (6/2020), 3–32.

Daum, Timo/Nuss, Sabine (Hg.), *Die unsichtbare Hand des Plans*, Berlin 2021.

Fücks, Ralf, *Intelligent wachsen*, München 2013.

- Hickel, Jason, Can we live within environmental limits and still reduce poverty? Degrowth or decoupling?, in: Development Policy Review 40 (2022), 1–24, DOI 10.1111/dpr.12584.
- Hulme, Mike, Ein Problem, das sich nicht lösen lässt, in: welt-sichten 12/2020 <https://www.welt-sichten.org/artikel/38368/klimawandel-ein-problem-das-sich-nicht-loesen-laess> (abgerufen am 29.07.2022).
- Papst Franziskus, Enzyklika Laudato si', Rom 2015, https://www.vatican.va/content/dam/francesco/pdf/encyclicals/documents/papa-francesco_20150524_enciclica-laudato-si_ge.pdf (abgerufen am 29.07.2022).
- Robinson, Kim Stanley, Das Ministerium für die Zukunft, München 2021.
- Stierle, Wolfram, Über Leben in planetarischen Grenzen, München 2020.
- Tönnies, Ferdinand, Gemeinschaft und Gesellschaft, Darmstadt 1991.
- Welzer, Harald, »Sicherheit, Wohlstand, Blabla«, in: Der Freitag 25/2021, 7.
- Žižek, Slavoj, Unsere Antwort auf die Taliban – der kollektive Kampf gegen die Klimakatastrophe, in: Berliner Zeitung 2021, <https://www.berliner-zeitung.de/wochenende/unsere-antwort-auf-die-taliban-der-kollektive-kampf-gegen-die-klimakatastrophe-li.177587> (abgerufen am 29.07.2022).